

Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLKS (AGr 1-3, 7+8) für die Innensanierung und den Brandschutz des Gebäudes C der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saar auf dem Campus Rotenbühl

I.D.: 57894898

Auftragstyp: Dienstleistung Veröffentlicht: 14.06.21

Art der Ausschreibung CPV: 71300000
Bekanntmachung:

Angebotsfrist: 12.07.21 10:00 Verfahren Wettbewerblesches Verhandlungsverfahren

Form der Bekanntmachung: EU-weit Auftraggeber: Das Saarland, vertr. durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertr. durch das Landesverwaltungsamt (LAVA), Abt. 4 SHB – Staatliche Hochbaubehörde

Ausführungsort DE:

Kurzbeschreibung: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Vollständiger Bekanntmachungstext:

2021-06-14 S113 -- Services - Contract notice - Competitive procedure with negotiation

Deutschland - Saarbrücken: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
2021/S 113-297133

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Das Saarland, vertr. durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertr. durch das Landesverwaltungsamt (LAVA), Abt. 4 SHB – Staatliche Hochbaubehörde

Ort: Saarbrücken

Postleitzahl: 66333

Land: DE

Kontaktstelle(n): Verfahrensbegleitung für das Landesverwaltungsamt des Saarlandes durch die agstaUMWELT GmbH; Kommunikation, Teilnahmeanträge und Angebote ausschließlich über subreport

E-Mail: vergabe@agsta.de

NUTS-Code: DEC01

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.agsta.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter

<https://www.subreport.de/E55935889>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

<https://www.subreport.de/E55935889>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags

Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLKS (AGr 1-3, 7+8) für die Innensanierung und den Brandschutz des Gebäudes C der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saar auf dem Campus Rotenbühl

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71300000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung

Es werden die Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung für die Anlagengruppen 1-3, 8 (1. Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, 2. Wärmeversorgungsanlagen, 3. Lufttechnische Anlagen, 8. Gebäudeautomation) gem. § 53 HOAI für die Innensanierung und den Brandschutz des Gebäudes C der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saar auf dem Campus Rotenbühl vergeben.

Auf dem Campus Rotenbühl der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes soll das 2-geschossige Bestandsgebäude C brandschutztechnisch ertüchtigt und die im Erdgeschoss befindliche Aula modernisiert werden. Das Untergeschoss mit WC-Anlagen, Umkleiden, Anschluss zur Mensa und Technikzentrale bedarf einer Umstrukturierung. Beim Umbau sind sowohl das der KVM zu Grunde liegende Brandschutzkonzept, als auch die Anforderungen der Versammlungsstättenverordnung zu beachten. Außerdem finden die Arbeiten während laufendem Hochschul- und Mensabetrieb statt. Die vorhandenen Türen in UG und EG werden gegen Türabschlüsse mit den erforderlichen Brandschutzqualitäten ausgetauscht. Automatische Schiebeschotts sollen auf beiden Etagen ergänzt werden. Im Erdgeschoss ermöglichen diese die Umnutzung des an die Aula angrenzenden Umgangs als Aufenthaltsraum.

Die Aula, welche bei Bedarf um den neu geschaffenen Aufenthaltsraum erweitert werden kann, muss entkernt und mit einer neuen Medientechnik und Lüftungsanlage versehen werden.

Aufgrund der Anforderungen an eine Versammlungsstätte wird auch eine Be- und Entlüftung des Umgangs erforderlich. Neben dem Türaustausch werden im UG mehrere Räumlichkeiten (u. a. Lager- u. Werkstattflächen) zu einer neuen Technikzentrale zusammengefasst, da die derzeitigen Technikflächen den heutigen Anforderungen und gesetzlichen Auflagen nicht mehr entsprechen. Als Ersatzfläche soll der niedrige Teil der Aula abgetrennt werden. Ohne Lagerflächen im UG kann der Lasten-Aufzug entfallen. Zum Einbau der Anlagentechnik im UG ist die Herstellung einer Einbringöffnung sowie der Bau von Versorgungskanälen erforderlich, was auch eine Erneuerung der Hofflächen von Gebäude C bedeutet. Die neuen Schiebeschotts ermöglichen hier eine Unterteilung in mehrere Brandabschnitte und eine neue Zonierung als Vorteil für den Betrieb der angrenzenden Mensa. Die Decke über dem Untergeschoss muss gemäß Versammlungsstättenverordnung mit Hilfe eines Betonspritzputzes auf F 90 ertüchtigt werden, was auch den Rückbau verschiedener Räume (u. a. WC-Anlagen, Umkleiden) zur Folge hat.

Wichtig zu beachten ist die Schnittstelle zwischen der Erneuerung der Fassade (separates Projekt Fassadensanierung) und Innensanierung. Diese wird von der raumseitigen Vorderkante sämtlicher Leibungsbereiche entlang der Fassade gebildet.

Der Charakter im Innern von Gebäude C, Böden, Wandteppich, Pflanztröge, Geländer, Nischen vor dem Hörsaal, Holzverkleidung soll nach Möglichkeit und unter Beachtung der Brandschutzauflagen erhalten bleiben.

Hinsichtlich des Zeitplans ist davon auszugehen, dass unmittelbar nach Auftragsvergabe mit den Planungsarbeiten begonnen werden soll. Die Fertigstellung der Maßnahme soll bis Juni 2025 erfolgen.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.:

EUR4774588.92

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEC01

Hauptort der Ausführung:

Gebäude C

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saar

Campus Rotenbühl

(siehe Anlage „Geb. C – Lageplan“)

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Benötigt werden die Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung für die Anlagengruppen 1-3, 8 gemäß § 53 HOAI für die Innensanierung und den Brandschutz des Gebäudes C der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Saar) auf dem Campus Rotenbühl. Der vorliegende Auftrag umfasst ausschließlich die Grundleistungen der Anlagengruppen 1. Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen, 2. Wärmeversorgungsanlagen, 3. Lufttechnische Anlagen und 8. Gebäudeautomation. Der Leistungsumfang in den einzelnen Anlagengruppen ergibt sich im Rahmen des Projekts.

Der vorliegende Auftrag umfasst die Grundleistungen der vorgenannten Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung der folgenden Leistungsphasen gem. § 55 HOAI:

- Lph 2: Vorplanung,
- Lph 3: Entwurfsplanung,
- Lph 4: Genehmigungsplanung.

Der Auftraggeber behält sich vor, folgende Leistungsphasen stufenweise zu vergeben:

- Lph 5: Ausführungsplanung,
- Lph 6: Vorbereitung der Vergabe,
- Lph 7: Mitwirkung bei der Vergabe,
- Lph 8: Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation,
- Lph 9: Objektbetreuung.

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Seitens des Auftragnehmers besteht kein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungsphasen bzw. auf eine Gesamtbeauftragung. Der Auftraggeber geht davon aus, dass die Grundlagenermittlung bereits erfüllt ist. Daher wird die Leistungsphase 1 nicht beauftragt.

Für die genannte Maßnahme sind Informationen und Unterlagen (z. B. Lageplan, Grundrisse, Schnitte, Dachansichten, Fotos, Brandschutzkonzept) vorhanden, welche den Bewerbern auf subreport als Download zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Bewerbungsphase gibt es über die vorliegende Bekanntmachung sowie über die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter und Informationen keine weiteren Unterlagen, die angefordert werden können.

Weitere Unterlagen werden ggf. denjenigen Bewerbern, die nach Abschluss der Bewerbungsphase (Phase 1) ausgewählt und zur Abgabe eines Honorarangebotes sowie zur Teilnahme an einem Verhandlungsgespräch (Phase 2) aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt. Die Vertragsschließung erfolgt nach den Vertragsmustern der RBBau. Ein entsprechendes Vertragsmuster wird den Bietern in der Zuschlagsphase zur Verfügung gestellt.

Sonstige zu vergebende Leistungen sind nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung und werden gesondert vergeben.

Parallel zur vorliegenden Ausschreibung werden die „Architektenleistungen (Objektplanung) gemäß § 34 HOAI für die Innensanierung und den Brandschutz des Gebäudes C der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saar auf dem Campus Rotenbühl (Lph 2-9)“ ausgeschrieben.

Es ist zulässig, dass sich Bewerber für mehrere dieser Leistungen bewerben.

Doppelbewerbungen im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung für den zu vergebenden Auftrag „Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLKS (AGr 1-3, 8)“ sind nicht zulässig. Mehrfachbewerbungen im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung einzelner Bewerber oder einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bewerber, der Bietergemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bietergemeinschaften der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt.

Bei dem unter II.1.5) genannten Wert handelt es sich um die derzeit geschätzten Gesamtinvestitionskosten (KG 200-700 gem. DIN 276) netto inkl. Baunebenkosten. Auf die Kostengruppe 300 entfallen nach derzeitiger Schätzung ca. 1 694 117,00 EUR netto, auf die Kostengruppe 400 ca. 1 913 613,00 EUR netto. Das genannte Budget ist einzuhalten.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Herangehensweise an das Projekt und an die Aufgabenstellung, Vorstellungen zum Umgang mit der speziellen Planungsaufgabe Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Vorstellung des Bieters zum organisatorischen Ablauf und zur Projektorganisation, interne/externe Organisation + Kommunikation; Maßnahmen und Instrumente zur Kosten- und Termineinhaltung Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Personelle Besetzung: Projektleiter, Stellvertreter, Bauleiter und deren Eindruck in der persönlichen Präsentation, Personaleinsatzplan Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Qualität der Präsentation im Bietergespräch Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 10

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 45

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die unter III.1.1) und III.1.2) geforderten Nachweise u. Eigenerklärungen sind mit der Bewerbung (Phase 1) vorzulegen. Dabei sind die weiteren Rahmenbedingungen (z. B. zur Aktualität der Referenzen) für die Wertbarkeit von Referenzen zu allen Kriterien (R-1) bis (R-2) unter III.1.3) zu beachten. Die dort formulierten Rahmenbedingungen sind bindend. Für die Bewerbung sind die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter zu verwenden. Die Bewerber mit den höchsten Bewertungszahlen werden ausgewählt und aufgefordert, am weiteren Verfahren (Phase 2) teilzunehmen. Sollten mehr als 5 Bewerber die volle bzw. höchste Bewertungszahl erreicht haben, behält sich der Auftraggeber vor, unter den Bewerbern mit der vollen/höchsten Bewertungszahl zu lösen.

Folgende Kriterien werden bei der Bewertung der Bewerbungen (Phase 1) zugrunde gelegt:

(R-1) Mindestanforderung, d. h. mind. 1 Referenz je Anlagengruppe ist zu benennen: Nachweis des Bewerbers über Erfahrungen mit vergleichbaren Aufgabenstellungen, hier: Referenzen für die Innensanierung/den Brandschutz eines öffentlich genutzten Gebäudes mit mindestens einer großen Räumlichkeit (Foyer, Aula, Hörsaal, Festsaal, Mensa, o. ä. mit entsprechender Technik) für die genannten Anlagengruppen 1-3, 8.

Zu erbringen ist mind. 1 wertbare Referenz je Anlagengruppe 1-3, 8. Je Anlagengruppe können max. 2 Referenzen mit jeweils max. 5 Punkten gewertet werden. Bei 2 wertbaren Referenzen je Anlagengruppe können somit max. 40 Punkte erreicht werden.

Es müssen nicht zwingend alle 4 geforderten Anlagengruppen über eine Referenz nachgewiesen werden, d. h. nicht alle 4 geforderten Anlagengruppen müssen in einem Referenzprojekt bearbeitet worden sein. Die geforderten Anlagengruppen 1-3, 8 können auch über verschiedene Referenzen, auf die die Rahmenbedingungen (siehe III.1.3)) zutreffen, nachgewiesen werden.

Zusatzpunkte (keine Mindestanforderung):

Sofern alle 4 genannten Anlagengruppen in einer Referenz bearbeitet wurden, können zu den Referenzen, bei denen dies der Fall war, jeweils 5 Zusatzpunkte erzielt werden.

Demnach sind max. 10 Zusatzpunkte möglich.

Wertung zu (R-1); max. 50 Punkte.

(R-2): Nachweis des Bewerbers über Erfahrungen mit der Planung und Realisierung von Projekten für öffentliche Auftraggeber (gem. § 99 GWB) und die nach den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) erfolgten. Dies ist in den Formblättern nachvollziehbar darzulegen.

Gewertet werden max. 2 Referenzen mit jeweils 3 Punkten.

Wertung zu (R-2): max. 6 Punkte.

Insgesamt kann eine Gesamtpunktzahl von 56 Punkten erreicht werden.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen

Stufenweise Vergabe, siehe II.2.4); Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen bzw. einer Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen

Siehe auch III.2.1) Die folgenden Nachweise/Eigenerklärungen sind mit der Bewerbung vollständig vorzulegen, bei Bewerbungsgemeinschaften (BG) jeweils von allen Mitgliedern der BG; Rahmenbedingungen, die bei den Angaben zu berücksichtigen sind, siehe in den auf subreport zur Verfügung gestellten Formblättern. Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Formblätter von den Mitbewerbern (einschließlich Nachunternehmern) ebenfalls auszufüllen. Ferner ist in diesem Fall eine Vollmachtserklärung für den Federführenden, eine Erklärung über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung und eine Erklärung für das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung mit den geforderten Rahmenbedingungen für die Bewerbungsgemeinschaft/ARGE mit den Bewerbungsunterlagen vorzulegen.

1) Allgemeine Angaben zum Bewerber gemäß Formblatt; es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbewerbungen einzelner Bewerber oder von Mitgliedern einer BG zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen können.

2) Eigenerklärung, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bewerbers tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen.

3) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.

4) Eigenerklärung zu § 43 Abs. 1 VgV; namentliche Nennung der tatsächlichen Leistungserbringer zum Stichtag 1.1.2021, gegliedert in Projektleiter im Auftragsfall, Stellvertreter des Projektleiters, Bauleiter und Projektingenieure unter Angabe der von ihnen im Auftragsfall zu bearbeitenden Teilleistungen; für den im Auftragsfall Projektverantwortlichen und seinen Stellvertreter ist mit der Bewerbung ein Nachweis der Befähigung für die vorliegende Aufgabenstellung (z. B. Kammernachweis, o. ä.) vorzulegen.

5) Angaben über die beabsichtigte Weitergabe des Auftrags oder eines Teils des Auftrags.

6) Eigenerklärung der Bewerber/der Bewerbungsgemeinschaft im Falle der Weiterbeauftragung, die Leistungsphasen 5-9 (siehe II.2.4)) zu erbringen.

7) Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

Die folgenden Angaben sind mit der Bewerbung vollständig vorzulegen, bei BG jeweils von allen Mitgliedern der BG bzw. Nachunternehmern.

1. Eigenerklärung, dass aktuell keine Steuerschulden bestehen,

2. Eigenerklärung zum Vorhandensein der erforderlichen Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe mind. 2.000.000 EUR für Personenschäden, mind. 1.000.000 EUR für Sonstige Schäden. Sollte eine Versicherung in dieser Höhe nicht vorhanden sein, ist eine Eigenerklärung erforderlich, dass die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen angehoben wird.

Weitere (durch Eigenerklärung) nachzuweisende Voraussetzung: Jährliche Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme betragen. (Bei Bewerbungsgemeinschaften muss die Haftpflicht für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden). Die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter sind für die Angaben zu verwenden.

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

Zum Nachweis der techn. Leistungsfähigkeit sind folgende Referenzen vom Bewerber/der BG vorzulegen. Die Angaben zu den Referenzen sind in die zur Verfügung gestellten Formblätter (FB) vollständig einzutragen. Darüber hinausgehendes Material (Planunterlagen, Referenzblätter, o. ä.) ist nicht erforderlich und wird nicht gewertet. Grundsätzliche Voraussetzungen für die Wertbarkeit von Referenzen zu (R-1) und (R-2) (siehe II.2.9.)):

— Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der in den FB abgefragten Angaben,

— Bearbeitung mind. der Lph 2-4 oder mind. der Lph 5-8 gem. § 55 HOAI im Zeitraum von Januar 2014 bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung, d. h. es müssen mind. die Lph 2-4 oder mind. die Lph 5-8 vollständig in dem Zeitraum bearbeitet, d. h. begonnen und abgeschlossen worden sein.

Die Nennung von mindestens 1 wertbaren Referenz je Anlagengruppe zu der Kategorie (R-1) ist Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am weiteren Bewerbungsverfahren.

Es dürfen grundsätzlich mehr Referenzen als erforderlich genannt werden, in diesem Fall ist in den Formblättern anzugeben, welche Referenz zu den unter (R-1) und (R-2) genannten

Kriterien jeweils gewertet werden sollen. Die übrigen aufgeführten Referenzen gehen dann nicht in die Wertung ein. Eine Referenz, die z. B. für das Kriterium (R-1) benannt wird, kann auch für das Kriterium (R-2) benannt werden, wenn diese Rahmenbedingungen auf sie zutreffen. Dies ist in diesem Fall explizit anzugeben. Die geforderten Referenzen sind unter Punkt II.2.9) aufgeführt.

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten
Qualifikationsanforderungen gem. § 75 Abs. 2 VgV Bewerber mit Sitz in Deutschland: Vorlage eines Nachweises über die Eintragung in ein Berufsregister als Beratender Ingenieur (Kammermitgliedschaft) bzw. ein Nachweis über die Befähigung zur Berufsausübung (z. B. Diplom-/Master-/Bachelor-Urkunde);

Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Teilnahmeantrag die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür eine im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist;

Bei Bewerbungsgemeinschaften gilt dies für jeden Mitbewerber.

Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 2021-07-12

Ortszeit: 10:00

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

DE

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben

1. Arbeitssprache ist deutsch. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen.

2. Für den Teilnahmeantrag sind die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter (FB) entsprechend II.2.9) zu verwenden. Die FB sind um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Formale Erweiterungen können zulässig sein, sofern dies in den FB ausdrücklich zugelassen wird (z. B. Ergänzung weiterer Mitbewerber). Bewerber haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung entweder:

— die FB nebst beigefügten Nachweisen,

— oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) unter

https://www.evergabe.de/assets/imagescms/Anleitung_und_Formular_EEE.PDF (mit den vollständigen in der vorliegenden Bekanntmachung geforderten Inhalten, was vom Bewerber zu beachten ist) als vorläufigen Nachweis, vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen, Bietergemeinschaften (BG), usw. sind die Unterlagen/die EEE auch für diese anzugeben. BG's, die sich erst nach Einreichung eines Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der BG ist nicht zugelassen. Nach Ablauf der Eingangsfrist eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Die Bewerber haben selbst dafür Sorge zu tragen, dass ihre Bewerbungsunterlagen rechtzeitig bei der angegebenen Stelle eingehen.

3) Wichtig: Seit dem 18.10.2018 besteht die Pflicht zur eVergabe. Die Kommunikation und die Abgabe der Teilnahmeanträge erfolgt gem. § 53 (1) VgV ausschließlich elektronisch über subreport. Die zum Download bereitgestellten Unterlagen sind auf www.subreport.de frei verfügbar. Um regelmäßig über Informationen/Rückfragen in Kenntnis gesetzt zu werden und für die Abgabe der Teilnahmeanträge, ist eine Registrierung erforderlich. Diese ist für die Bieter kostenfrei. Teilnahmeanträge oder Angebote, die nicht über subreport, sondern per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg oder persönlich eingehen, werden ausgeschlossen. Es wird empfohlen, dass sich interessierte Bewerber frühzeitig mit den technischen Anforderungen des Vergabeportals vertraut machen.

4) Der AG behält sich vor, bei Bedarf von den Bietern Folgeangebote einzuholen. Wenn der AG

Verhandlungen führt, wird jeder Bieter zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen. Unabhängig davon, ob der Auftraggeber sich dazu entscheidet, Verhandlungsgespräche zu führen, behält sich der Auftraggeber aufgrund der derzeit noch bestehenden Kontaktbeschränkungen und Verhaltensregeln vor, die ggf. zu führenden Verhandlungsgespräche per Videokonferenz durchzuführen.

5) Die Lph 9 – Objektbetreuung ist in der Laufzeit unter II.2.7) nicht enthalten.

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Ort: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land: DE

Telefon: +49 6815014994

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Fax: +49 6815013506

Internet-Adresse: www.saarland.de

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Siehe § 160 Abs. 3 GWB. Der Antrag ist unzulässig soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

2021-06-09

Diese Ausschreibung wird Ihnen präsentiert von infodienst-ausschreibungen.de

alles-ausschreibungen.de KHI GmbH

Eisenbahnstr. 171

15517 Fürstenwalde

Tel.: +49 3361 680 930

Fax: +49 3361 680 9311

E-Mail: office@infodienst-ausschreibungen.de